

TIPPS & WISSENSWERTES

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der März liegt hinter uns, die Uhren zeigen Sommerzeit und schon sind wir mittendrin im zweiten Quartal des Jahres. Viele nutzen die helleren Tage zum alljährlichen Frühjahrsputz und auch steuerlich lohnt sich wieder ein genauerer Blick.

In unserem ersten Beitrag greifen wir eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) auf, die besonders für die Hotellerie und Gastronomie wichtig ist. Der EuGH hat Anfang März das deutsche Aufteilungsgebot bei Hotelpauschalen bestätigt. Danach dürfen nur reine Beherbergungsleistungen dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen. Zusatzleistungen wie Frühstück, Parkplatzgestaltung oder Wellnessangebote sind nach wie vor gesondert zu betrachten und in der Regel mit dem regulären Steuersatz zu versteuern. Für die Praxis bleibt damit die Frage der sachgerechten Aufteilung ein wichtiges Thema.

Im zweiten Beitrag geht es um ein Thema, das mit der wachsenden Bedeutung sozialer Medien zunehmend an Relevanz gewinnt. Konkret stellt sich die Frage, wie sogenannte Donations an Influencer steuerlich einzuordnen sind. Während einzelne Finanzgerichte bereits Stellung bezogen haben, ist die grundsätzliche Rechtslage dennoch nicht abschließend geklärt. Der Bundesfinanzhof (BFH) wird sich nun mit der Frage befassen, ob und unter welchen Voraussetzungen freiwillige Zahlungen von Zuschauern als steuerpflichtige Einnahmen gelten.

Zum Abschluss widmen wir uns einer Entscheidung des BFH, die auf den ersten Blick ungewöhnlich wirken mag. Im Mittelpunkt steht ein Wohnmobil und die Frage, ob dessen Verkauf ein steuerpflichtiges privates Veräußerungsgeschäft darstellen kann. Der BFH hat hierzu klargestellt, dass auch ein hochpreisiges Wohnmobil als Gegenstand des täglichen Gebrauchs gelten kann. Welche steuerlichen Folgen sich daraus ergeben, beleuchten wir in unserem dritten Beitrag.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Keine Steuerermäßigung für Frühstück und Parkplatz EuGH bestätigt Aufteilungsgebot für Hotel-Nebenleistungen

Ein Hotelaufenthalt wird heute oft nicht mehr nur als reine Übernachtung verkauft. Zum Zimmer kommen Frühstück, Parkplatz oder ein Zugang zum Wellnessbereich hinzu. Was für den Gast als stimmiges Paket erscheint, ist umsatzsteuerlich jedoch nicht immer einheitlich zu beurteilen. In der Praxis stellt sich deshalb schnell die Frage, ob der Gesamtpreis aufgeteilt werden muss und welcher Steuersatz auf die einzelnen Bestandteile entfällt.

Was hat der EuGH entschieden?

Mehr Klarheit brachte hierfür das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 5. März 2026 (verbundene Rechtssachen C-409/24, C-410/24 und C-411/24). Er bestätigte das von der deutschen Finanzverwaltung praktizierte Aufteilungsgebot. Damit darf der ermäßigte Steuersatz für die kurzfristige Beherbergung auf die unmittelbar der Beherbergung dienenden Leistungen beschränkt werden.

Leistungen wie Frühstück, Parkplatzgestaltung, Fitness- und Wellnesseinrichtungen sowie WLAN dürfen vom ermäßigten Steuersatz ausgenommen und dem Regelsteuersatz unterworfen werden, auch wenn sie als Nebenleistungen zur Beherbergung angesehen werden können und im Pauschalpreis enthalten sind. Voraussetzung ist, dass die deutsche Gesetzgebung auf objektiven, klaren Kriterien beruht und der Grundsatz der steuerlichen Neutralität beachtet wird.

Um welche Fälle ging es in den Verfahren?

In den drei Verfahren beim EuGH hatten Hotels bzw. Pensionen zusätzlich zur Übernachtung ihren Gästen weitere Zusatzleistungen angeboten, beispielsweise Parkplatznutzung, Frühstück, WLAN sowie den Zugang zu Fitness- und Wellnessangeboten. Die Unternehmen betrachteten diese Zusatzleistungen als unselbständige Nebenleistungen zur Übernachtung und versteuerten sie einheitlich mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent.

Das Aufteilungsgebot in der Umsatzsteuer

Das Finanzamt, aber auch das Finanzgericht sahen dies anders. Sie beriefen sich auf das sogenannte Aufteilungsgebot, welches besagt, dass der ermäßigte Steuersatz nicht für Leistungen gilt, die nicht unmittelbar der Vermietung dienen. Und das auch dann, wenn diese Leistungen mit dem Entgelt für die Beherbergung abgegolten sind. Demzufolge wurden die Nebenleistungen mit dem Regelsteuersatz von 19 Prozent versteuert.

Nach Ansicht der Finanzverwaltung wird der Grundsatz, dass eine (unselbständige) Nebenleistung das Schicksal der Hauptleistung teilt, von diesem Aufteilungsgebot verdrängt. Der Bundesfinanzhof (BFH) sah das zwar ähnlich, war sich jedoch unsicher, ob die Regelung dem EU-Recht entspricht und rief den EuGH an.

Konkrete und spezifische Aspekte einer Leistung

Der EuGH bestätigte die Zulässigkeit der deutschen Regelung. Mitgliedstaaten dürfen den ermäßigten Steuersatz auf konkrete und spezifische Aspekte einer Leistung beschränken, solange der Grundsatz der steuerlichen Neutralität gewahrt bleibt. Laut EuGH kommt es auch nicht darauf an, ob die betreffenden Leistungen aus Sicht des Durchschnittsverbrauchers Teil einer einheitlichen Leistung sein könnten.

Unter dieses Aufteilungsgebot fallen insbesondere:

- Verpflegungsleistungen (z. B. Frühstück, Halb- oder Vollpension, „All inclusive“)
- Getränkeversorgung aus der Minibar
- Nutzung von Telefon und Internet
- Pay TV
- Wellnessangebote
- Transport von Gepäck
- Überlassung von Sportgeräten und -anlagen
- Ausflüge
- Reinigung und Bügeln von Kleidung, Schuhputzservice
- Transport zwischen Bahnhof/Flughafen und Unterkunft
- Einräumung von Parkmöglichkeiten, auch wenn diese nicht gesondert vereinbart und vergütet werden

Hinweis: Die Absenkung des Umsatzsteuersatzes für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen (nicht jedoch für Getränke) auf 7 Prozent ändert nichts am Aufteilungsgebot für Pauschalangebote „Übernachtung mit Frühstück“ oder „All-inclusive“.

Grundsatz der steuerlichen Neutralität

Der BFH muss in seinen Folgeentscheidungen nun prüfen, ob mit dem deutschen Aufteilungsgebot der Grundsatz der steuerlichen Neutralität eingehalten ist. Dieser findet sich in der Einleitung zur Mehrwertsteuersystemrichtlinie und soll bewirken, dass gleichartige Gegenstände und Dienstleistungen innerhalb des Gebiets der einzelnen Mitgliedstaaten steuerlich gleich belastet werden.

Der BFH muss prüfen, ob die Leistungen der Hotels wie Frühstück, Parkplatz oder Wellnessleistungen aus Verbrauchersicht mit denen von anderen Unternehmern eigenständig angebotenen Leistungen vergleichbar sind und diese dem Regelsteuersatz unterliegen. Ist das der Fall, verhindert das deutsche Aufteilungsgebot nach Auffassung des EuGH mögliche Wettbewerbsverzerrungen durch Anwendung eines unterschiedlichen Steuersatzes für gleiche Leistungen.

Aufteilungsmaßstab bei Pauschalleistungen

Bieten Hotels die genannten Nebenleistungen als Pauschalpreis im Paket an, wäre es in der Praxis sehr aufwendig die einzelnen Bestandteile für Umsatzsteuerzwecke sachgerecht nach Einzelverkaufspreisen aufzuteilen.

Die Finanzverwaltung ermöglicht daher die Zusammenfassung von nicht begünstigten Leistungen eines Pauschalangebots in einem Sammelposten (z. B. „Business-Package“, „Servicepauschale“). Es wird von der Finanzverwaltung ebenfalls nicht beanstandet, wenn der auf diese Leistungen entfallende Entgeltanteil mit 15 Prozent des Pauschalpreises angesetzt und zum Regelsteuersatz versteuert wird.

Fazit: Durch das EuGH-Urteil ist die unionsrechtliche Grundsatzfrage zum Aufteilungsgebot weitgehend geklärt. Streitpotenzial verbleibt dennoch. So vor allem bei der Prüfung und Einordnung, ob einzelne Zusatzleistungen unmittelbar der Beherbergung dienen, aber auch bei der Schätzung von Entgeltanteilen, wenn kein gesondertes Entgelt ausgewiesen ist.

Sind Donations an Influencer steuerpflichtig?

Die wichtigsten Regelungen zu Einkommensteuer und Umsatzsteuer

Influencer oder Streamer zu sein, ist für manche nur ein Hobby, für andere ein knallhartes Geschäftsmodell. Die richtige steuerliche Einordnung vorzunehmen, ist nicht immer einfach. Beispielsweise wirken freiwillige Zahlungen aus der Community – sogenannte Donations – oft wie bloße Unterstützung. Die aktuellen Urteile der Finanzgerichte zeigen aber, dass bei Einkommensteuer und Umsatzsteuer gerade die Einordnung digitaler Donations noch im Fluss ist. Ob tatsächlich Betriebseinnahmen bzw. steuerbare Umsätze vorliegen, muss der Bundesfinanzhof (BFH) in zwei anhängigen Verfahren (VIII R 18/25 sowie V R 10/25) entscheiden.

Sind Donations ertragsteuerlich Betriebseinnahmen?

Betriebseinnahme ist grundsätzlich alles, was ein Unternehmer in Geld oder Geldeswert erhält und betrieblich veranlasst ist. Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg (FG) hat sich in seinem Urteil vom 12. Juni 2025 (14 K 14067/24) mit der Frage befasst, ob solche freiwilligen Zahlungen ertragsteuerlich steuerbare und steuerpflichtige Betriebseinnahmen sein können. Endgültig entscheiden muss nun der BFH.

Im Streitfall unterhielt ein Journalist einen Blog, auf dem er fast täglich Beiträge zu tagesaktuellen Themen veröffentlichte. Die Inhalte waren frei zugänglich, jedoch wies der Steuerpflichtige in jedem Beitrag darauf hin, dass Zahlungen zur Unterstützung an ihn geleistet werden können. Innerhalb von drei Jahren kamen so rund 178.000 Euro an Einnahmen zustande. Der Steuerpflichtige versteuerte diese nicht, sondern betrachtete sie als Schenkungen, die bezogen auf den einzelnen Schenker jeweils unter den maßgeblichen schenkungsteuerlichen Freibeträgen lagen.

Finanzgericht sieht Erwartungshaltung des Steuerpflichtigen

Das Finanzgericht folgte dieser Argumentation nicht. Die freiwilligen Zahlungen der Leser stünden in Verbindung zu der Veröffentlichung der Beiträge auf dem Internetblog. Aus Sicht des FG haben die Leser die Zahlungen geleistet, um für veröffentlichte Beiträge eine Vergütung zu zahlen und/oder um die Fortführung des Internetblogs mitzufinanzieren. Der Ausweis der Zahlungsmöglichkeiten lässt nach Auffassung des FG sogar auf eine gewisse Erwartungshaltung des Steuerpflichtigen schließen, Einnahmen von den Lesern des Internetblogs für seine diesbezügliche Tätigkeit zu erhalten.

Die Tätigkeit sei daher auf einen Leistungsaustausch gerichtet und eine Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr anzunehmen. Somit lägen steuerpflichtige Betriebseinnahmen vor. Eine vertragliche Beziehung zwischen dem Blogbetreiber und den zahlenden Lesern sei für die Steuerpflicht nicht erforderlich.

Keine Umsatzsteuer auf freiwillige Zahlungen für Online-Content?

Noch komplizierter wird es in der Umsatzsteuer. Denn hier sind sich auf den ersten Blick nicht einmal die Finanzgerichte einig (FG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 25. April 2025, 2 K 2085/21 sowie FG Düsseldorf, Urteil vom 4. März 2022, 1 K 2812/19), sodass jetzt der BFH entscheiden muss (Az. V R 10/25).

Lieferungen und sonstige Leistungen unterliegen der Umsatzsteuer, wenn diese von einem Unternehmer, im Rahmen seines Unternehmens, im Inland und gegen Entgelt erbracht werden. Ein Leistungsaustausch setzt also voraus, dass Leistender und Leistungsempfänger vorhanden sind und der Leistung eine Gegenleistung in Form eines Entgelts gegenübersteht. Leistung und Gegenleistung müssen in einem wechselseitigen Zusammenhang stehen. Auch wenn eine Gegenleistung freiwillig erbracht wird, kann ein Leistungsaustausch vorliegen.

Bislang ist aber noch nicht höchstrichterlich geklärt, wie Geschäftsmodelle umsatzsteuerlich zu beurteilen sind, bei denen der Inhalt meist kostenlos angeboten wird (z. B. Blogs oder Podcasts), die Leser oder Zuschauer jedoch die Möglichkeit haben, freiwillig mit Geldzahlungen zu unterstützen.

Finanzgericht Düsseldorf – alles steuerpflichtig

Das Finanzgericht Düsseldorf kam in seinem o. g. Urteil zu dem Schluss, dass diese freiwilligen Zahlungen umsatzsteuerbar und auch steuerpflichtig sind. Es hatte über den Fall eines Steuerpflichtigen zu entscheiden, der einen Kanal auf einem Online-Portal betrieb, auf dem die Zuschauer die Möglichkeit hatten, dem Steuerpflichtigen live oder als Aufzeichnung bei Rollenspielen bzw. Videospielen zuzusehen. Auf der Seite befand sich für Zuschauer ebenfalls die Möglichkeit, dem Steuerpflichtigen unabhängig von einem Abonnement Geldbeträge zu übermitteln.

Das Finanzgericht sah die Voraussetzungen für einen steuerbaren Umsatz als erfüllt an. Der Steuerpflichtige erbringe mit seiner Streaming-Aktivität auf seinem Kanal sonstige Leistungen in Form von Unterhaltungsleistungen. Für den Steuerpflichtigen war ersichtlich, welcher Zuschauer freiwillige Zahlungen geleistet hat.

Nach Ansicht des FG besteht zwischen der Leistung und der Gegenleistung auch ein Zusammenhang. Die Zuschauer riefen die Streamingplattform zielgerichtet mit dem Zweck auf, sich durch das Verfolgen von Streams unterhalten zu lassen.

Die Zahlungen seien auch nicht mit den Zahlungen von Spenden eines Passanten an einen Straßenmusiker vergleichbar (EuGH-Urteil vom 03.03.1994, C-16/93). Anders als ein Passant auf einer Straße, der nicht zielgerichtet den Erhalt einer musikalischen Darbietungsleistung durch einen Straßenschausteller beabsichtigt, suchen die Zuschauer des Steuerpflichtigen gezielt den Kanal virtuell auf, um sich unterhalten zu lassen.

Dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen Unterhaltungsleistung und Donation stehe nicht entgegen, dass die Zahlung der jeweiligen Donation auf freiwilliger Basis erfolgt und auch die Höhe in das Ermessen des Zuschauers gestellt ist.

Finanzgericht Berlin-Brandenburg- nichts steuerpflichtig

Im Fall des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg betrieb die Steuerpflichtige einen kostenfreien Internet-Blog mit journalistischen Inhalten. Die Finanzierung erfolgte überwiegend durch Werbeeinnahmen und den Verkauf von Büchern, E-Books und Merchandise. Um die Anlaufphase zu überbrücken, wurden die Besucher zu freiwilligen Spenden oder festen jährlichen Patenschaften aufgefordert. Weder Spender noch Paten erhielten exklusive Inhalte oder andere Vorteile. Die Identität der Unterstützer war der Betreiberin jedoch weitgehend unbekannt.

In diesem Fall kam das Finanzgericht zum gegenteiligen Schluss. Die erhaltenen Donations seien nicht steuerbar, denn es fehle an dem konkreten Leistungsaustausch. Der „Zuschuss“ diene lediglich dem allgemeinen Interesse und sei nicht Gegenwert für eine steuerbare Leistung des Zahlungsempfängers an den Geldgeber.

Nach Ansicht des Finanzgerichts handelt es sich bei den Spenden und Patenschaften lediglich um eine besondere Art der Finanzierung des anlaufenden Geschäftsbetriebs. Zwischen den Spendern oder Paten und der Steuerpflichtigen liegt kein gegenseitiger Vertrag vor. Die Steuerpflichtige erbringe für die Spenden und Patenschaften keine besondere Leistung. Die Zuwendenden erhalten keinen Vorteil, weil sie unabhängig von den Zuwendungen den Autorenblog nutzen dürfen.

Ferner fehle es an einem identifizierbaren Leistungsempfänger, da die Besucher nicht registriert wurden. Insofern unterscheidet sich der vorliegende Sachverhalt von dem Fall, der der Entscheidung des Finanzgerichts Düsseldorf zugrunde lag.

Anders als das Finanzgericht Düsseldorf sah das Finanzgericht Berlin-Brandenburg seinen Fall als vergleichbar mit dem sog. Straßenmusiker-Fall an. Die Spender oder Paten hätten mit den Zuwendungen aus persönlichen Motiven beabsichtigt, den Autorenblog der Steuerpflichtigen allgemein zu fördern. Dies stellt ein allgemeines Interesse der Zuwendenden dar und nicht Gegenwert für eine konkrete Leistung.

BFH – Entscheidung über Steuerpflicht

Die auf den ersten Blick widersprüchlichen FG-Urteile beruhen auf im Detail unterschiedlichen Sachverhalten. Ob Donations für Online-Angebote der Umsatzsteuer bzw. der Einkommensteuer unterliegen, muss im Einzelfall geprüft werden. Nun muss der BFH darüber urteilen, welche genauen Kriterien bei der steuerlichen Beurteilung von Donations maßgebend sind.

Sind Wohnmobile Gegenstände des täglichen Gebrauchs?

BFH verneint privates Veräußerungsgeschäft

Gekauft, kurz genutzt, wieder verkauft – und am Ende Streit mit dem Finanzamt. Ist der Verkauf eines Wohnmobils mit Luxusausstattung als privates Veräußerungsgeschäft steuerpflichtig? Mit dieser Frage hatte sich der Bundesfinanzhof (BFH) in seinem Urteil vom 27. Januar 2026 (IX R 4/25) auseinanderzusetzen. Der BFH hat ein hochpreisiges Wohnmobil im konkreten Fall als Gegenstand des täglichen Gebrauchs eingeordnet. Der Gewinn aus dem Verkauf war daher nicht steuerbar als privates Veräußerungsgeschäft.

Der BFH stellt in seinem Urteil klar, dass die Einordnung als Gegenstand des täglichen Gebrauchs und damit die Steuerfreiheit nicht daran scheitert, dass der Gegenstand teuer ist oder nicht in jedem Haushalt üblicherweise vorkommt. Ebenso wenig führt eine Vermietung automatisch aus der Steuerfreiheit heraus, wenn der Gegenstand bei objektiver Betrachtung ein Nutzungsobjekt ist und typischerweise dem Wertverzehr unterliegt.

Doch was bedeutet das konkret und ist die Entscheidung tatsächlich für die Steuerpflichtigen begünstigend?

Wohnmobil als Büroersatz

Ein Ehepaar hatte im Juni 2020 ein neues Wohnmobil für rund 323.000 Euro angeschafft und es tageweise als Hotelersatz und Büro auf Rädern vermietet. Diese Einkünfte wurden versteuert. Im März 2021 wurde das Wohnmobil für rund 315.000 Euro wieder veräußert, der Buchwert betrug zu diesem Zeitpunkt rund 300.000 Euro. Das Finanzamt behandelte den Verkauf als steuerpflichtiges Veräußerungsgeschäft und setzte unter Hinzurechnung der Abschreibungen einen steuerpflichtigen Gewinn von rund 15.000 Euro an.

Warum war der Verkauf aus Sicht des Finanzamts steuerrelevant?

Der Verkauf von Wirtschaftsgütern, bei denen der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung nicht mehr als ein Jahr beträgt, ist grundsätzlich steuerpflichtig. Diese Frist verlängert sich sogar auf 10 Jahre, wenn das Wirtschaftsgut, wie im vorliegenden Fall, zur Erzielung von Einkünften genutzt wird. Gewinne aus einem solchen Verkauf bleiben nur steuerfrei, wenn sie im Kalenderjahr weniger als 1.000 Euro betragen. Diese Grenze war hier überschritten.

Was für Ausnahmen sind möglich?

Damit nicht jeder Verkauf von privaten Gegenständen steuerlich wirksam wird, sind Gegenstände des täglichen Gebrauchs von dieser Steuerpflicht ausgenommen. Hintergrund war das vor einigen Jahren beliebte Modell, Jahreswagen zu verkaufen und die erzielten Verluste mit anderen Einkünften zu verrechnen. Denn die frühere Fassung der Vorschrift enthielt keinerlei Einschränkungen.

Doch der Gesetzgeber hat reagiert:

- Gegenstände des täglichen Gebrauchs sind von der Versteuerung als privates Veräußerungsgeschäft ausgenommen, d. h., auf Gewinne fällt keine Steuer an und Verluste mindern nicht die steuerpflichtigen Einkünfte
- Einführung einer strengen Verlustausgleichsbeschränkung, d. h. liegt dem Grunde nach ein privates Veräußerungsgeschäft vor, dürfen Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften nicht mit anderen Einkünften verrechnet werden.

Ist ein Wohnmobil ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs?

Der Knackpunkt im Streitfall war also die Frage, ob ein hochpreisiges Wohnmobil ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs sein kann. Das Finanzamt sah eher ein Luxusgut und argumentierte unter anderem mit möglicher Wertstabilität oder sogar Wertsteigerungen, insbesondere im Umfeld der Corona-Jahre.

Anders als ein Pkw werde ein Wohnmobil nicht für normale Fahrten genutzt. Vielmehr sei die Verwendung auf Reisen begrenzt bzw. es würde für solche Reisen vermietet. Es sei daher eher mit einer Yacht oder einem Segelboot zu vergleichen.

Alltagstauglich muss nicht billig sein

Das Finanzgericht Leipzig gab der Klage statt. Es stellte darauf ab, dass ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs vor allem ein Nutzungsobjekt ist und typischerweise einem Wertverzehr unterliegt oder kein echtes Wertsteigerungspotenzial hat. Eine tägliche Nutzung müsse nicht nachgewiesen werden. Entscheidend sei die objektive Eignung zur regelmäßigen Nutzung.

Für das konkrete Wohnmobil nahm das Gericht einen gebrauchsbedingten Wertverlust an, der sich auch im niedrigeren Verkaufspreis (rund 8.000 Euro unter dem Kaufpreis) zeige. Besonderheiten der Corona-Zeit wurden als außergewöhnliche Sondersituation bewertet, die die generelle Einordnung nicht bestimmen sollen.

Preis und Vermietung sind nicht ausschlaggebend

Der BFH bestätigte das Urteil des Finanzgerichts und wies die Revision des Finanzamts zurück. Der BFH erläuterte, dass auch ein als Luxusgut empfundenes Wirtschaftsgut ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs sein kann, wenn es in erster Linie zur Nutzung angeschafft wird und dem Verschleiß unterliegt. Der Preis ist nicht ausschlaggebend.

Des Weiteren stimmte der BFH dem FG zu, dass die Voraussetzung, es müsse sich um einen Gegenstand des täglichen Gebrauchs handeln, nicht bedeutet, dass eine Nutzung an jedem Tag notwendig ist. Dies lasse sich aus dem Gesetzeswortlaut nicht herleiten.

Die Einordnung als Gegenstand des täglichen Gebrauchs steht auch nicht automatisch deshalb in Frage, weil das Wohnmobil (auch) zur Erzielung von Einnahmen eingesetzt wurde. Eine solche Beschränkung nur auf ausschließlich privat genutzte Gegenstände lässt sich nach Auffassung des BFH aus dem Gesetz ebenfalls nicht ableiten.

Fazit: Im Urteilsfall entschied der BFH zugunsten des Steuerpflichtigen, denn dieser musste den Veräußerungsgewinn nicht versteuern. Allerdings dürfte es auch bei einem hochpreisigen Wohnmobil nur im Ausnahmefall zu einer Wertsteigerung kommen. Typischer ist auch hier der Werteverzehr – auch schon innerhalb des ersten Jahres nach der Anschaffung, sodass eher ein Verlust entsteht. Dieser wirkt sich jedoch steuerlich nicht aus, d. h. er darf weder mit Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften noch mit anderen Einkünften verrechnet werden. Das Urteil hat also zwei Seiten – es wirkt in vielen Fällen profiskalisch und nur in Einzelfällen für den Steuerpflichtigen.

Aktuelle Steuertermine

Steuertermine im März 2026		Ende Schonfrist bei Zahlung per	
fällig am	betrifft	Überweisung	Scheck/bar
10.04.	Umsatzsteuer ¹⁾ für Monatszahler (Vor Anmeldung und (Vorauszahlung))	13.04.	10.04.
10.04.	Lohnsteuer (mit SolZ u. ggf. KiSt) - Anmeldung und Zahlung	13.04.	10.04.
27.04.	Zusammenfassende Meldung (ZM) ohne Zahlung ²⁾ monatlich		
30.04.	Steuererklärung über den One-Stop-Shop ³⁾ (vierteljährliche Erklärungen und Zahlungen)		
Steuertermine im April 2026		Ende Schonfrist bei Zahlung per	
fällig am	betrifft	Überweisung	Scheck/bar
11.05.	Umsatzsteuer für Monatszahler (Vor Anmeldung und (Vorauszahlung))	15.05.	11.05.
11.05.	Lohnsteuer (mit SolZ u. ggf. KiSt)	15.05.	11.05.
15.05.	Gewerbesteuer (Vierteljährliche Vorauszahlung)	18.05.	15.05.
15.05.	Grundsteuer (Vierteljährliche Vorauszahlung)	18.05.	15.05.
26.05.	Zusammenfassende Meldung (ZM) ohne Zahlung ¹⁾ monatlich		

Säumniszuschläge werden nicht erhoben, wenn innerhalb der Schonfrist von drei Tagen per Überweisung oder Einzugsermächtigung gezahlt wird. Keine Schonfristen gibt es bei Voraus- / Abschlusszahlungen, die bar oder mit Scheck gezahlt werden.

Achtung: Bei Steuerzahlung per Scheck gilt die Zahlung erst drei Tage nach Eingang des Schecks als geleistet. Der Scheck muss daher spätestens drei Tage vor dem Fälligkeitstermin beim Finanzamt eingehen. Ansonsten entstehen Säumniszuschläge in Höhe von 1 % der Steuer.

Anmerkungen: Verschiebt sich der Steuertermin oder die Schonfrist für die Zahlung durch einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, so ist dies berücksichtigt.

1) Besteht eine Registrierung für das europäische Kleinunternehmer-Verfahren (EU-KU-Regelung), müssen elektronische Steuererklärungen vierteljährlich (31. Januar, 30. April, 31. Juli, 31. Oktober) an das BZSt übermittelt werden. Zu erklären sind alle Umsätze, die im Gemeinschaftsgebiet ausgeführt wurden (einschließlich Deutschland). Diese Umsatzmeldungen dienen lediglich der Überwachung der Kleinunternehmergrenze. Zahlungen sind insoweit nicht erforderlich. Die Erklärungsfrist verlängert sich nicht, wenn diese auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag fällt.

2) Die Zusammenfassende Meldung (ZM) ist erforderlich, wenn im Meldezeitraum innergemeinschaftliche Warenlieferungen, innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäfte oder bestimmte sonstige Leistungen gegenüber Unternehmern (B2B) ausgeführt wurden, die im übrigen Gemeinschaftsgebiet ansässig sind. Die Meldungen sind nicht mit Zahlungen verbunden.

3) Besteht eine Registrierung für das One-Stop-Shop-Verfahren, müssen elektronische Steuererklärungen vierteljährlich an das BZSt übermittelt werden. Zu erklären sind insbesondere innergemeinschaftliche Fernverkäufe und bestimmte auf elektronischem Weg erbrachte Dienstleistungen, die an Endverbraucher in einem anderen EU-Mitgliedstaat erbracht werden und bei denen das Bestimmungslandprinzip gilt. Die Zahlung der ausländischen Umsatzsteuer ist zum Steuertermin fällig. Die Erklärungs- bzw. Zahlungsfrist verlängert sich nicht, wenn diese auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag fällt.

Die Erarbeitung des Rundschreibens erfolgt mit großer Sorgfalt.
Eine Haftung kann hierfür jedoch nicht übernommen werden.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.